

Lübeck, 12.02.2013

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: Telefon: 122-1040)

Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Hartz IV - und SozialhilfeempfängerInnen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.02.2013	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck bittet,

1. Die Bundesregierung, die Bundestagsfraktionen und die Schleswig-Holsteinische Landesregierung sich dafür einzusetzen, dass die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII die Kosten für Verhütungsmittel nicht mehr selbst bezahlen müssen.
2. Die Schleswig-Holsteinischen Landtagsfraktionen und die Lübecker Landtagsabgeordneten, sich bei der Landesregierung für die Einrichtung eines Fonds einzusetzen, der die Kosten für Verhütungsmittel für Schleswig-Holsteinische Einwohnerinnen und Einwohner mit geringen Einkommen (Hartz IV, Sozialhilfe- und Wohngeldleistungen) übernimmt.

Der Bürgerschaft ist über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen :